

# Milliarden „für Griechenland“?

110 Milliarden Euro für Griechenland, bis zu 22,4 Milliarden Euro aus Deutschland; dramatische Schlagzeilen auf allen Titelseiten der Zeitungen.

Milliarden „für Griechenland“? Tatsächlich geht es um ein gigantisches Rettungsprogramm für die Banken und Spekulanten, die Griechenland in den Staatsbankrott getrieben haben, und um die dringliche Milliarden-Nahrung für die Spekulationswelle, die nach Griechenland Portugal, Spanien und ganz Europa in diese Katastrophe hineinzuziehen droht.

Für die Banken und Spekulationsfonds, die die Staaten ausgeplündert haben, beginnt jetzt die nächste Runde: Der „Spekulations-Tsunami“ fordert die Flutung immer neuer Milliardensummen staatlicher Beihilfen aus den öffentlichen Haushalten an die Banken und Spekulanten.

Und um die pünktliche Zahlung der Zinsen und Tilgungsraten an die gleichen Banken und Spekulanten zu sichern, diktieren die EU und der IWF Griechenland ein weiteres drakonisches Sparprogramm. Denn die schon von der griechischen Regierung vorgenommenen „schmerzhaften Maßnahmen“ (Papandreou) reichen ihnen bei weitem nicht: Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft, Einschränkung des Kündigungsschutzes, Aushöhlung des Tarifvertragsrechts, einschneidende Kürzungen bei den Ausgaben für Bildung, Soziales und Gesundheit, d.h. die Liquidierung des sozialen Sicherungssystems.

Doch nicht nur dem griechischen Volk wird von der EU, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem IWF die Rechnung für die Bereicherung der Banken und Spekulationsfonds präsentiert.

Während die Gewerkschaften in Griechenland für Anfang Mai einen neuen Generalstreik angekündigt haben, haben die Gewerkschaften in Portugal für den 29. Mai zu einem nationalen Protesttag gegen das „Sparprogramm“ der Regierung aufgerufen, nachdem schon Ende April Beschäftigte im öffentlichen Dienst gestreikt haben.

„Unser Schicksal war niemals so eng miteinander verbunden“, schreiben Gewerkschafter, Sozialdemokraten und politisch Engagierte der deutschen Arbeiterbewegung an die Kollegen und Kolleginnen in ganz Europa: „Das ist der Grund, weswegen wir (...) die Initiative ergreifen und Euch zu einem sofortigen europäischen Treffen am 19./20. Juni in Berlin einladen. Lasst uns einen ‚Arbeitnehmer-Pakt‘ bilden, um die vor uns stehenden Kämpfe besser bestehen zu können.“

Die Bundesregierung muss bis zum 9. Mai ein Hilfspaket von 25-30 Milliarden Euro im Zuge einer Notgesetzgebung aufbringen, die an die Über-Nacht-Aktion erinnert, mit der im Herbst 2008 das 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket für die Banken durch den Bundestag gepeitscht wurde. Die deutsche Staatsverschuldung wird mit dieser neuen Maßnahme in noch immensere Höhen getrieben.

Schon im November 2009, d.h. vor der Entwicklung der Staatsverschuldung bis hin zur Drohung des offenen Staatsbankrotts, hatte Merkel in ihrer „Blut-, Schweiß- und Tränen“-Regierungserklärung gewarnt: „Deutschland steht vor einer Bewährungsprobe wie seit der deutschen Einheit nicht mehr.“

Heute mahnen Regierungs- und Kapitalvertreter angesichts der dramatischen Staatsverschuldung „eine Kraftanstrengung“ an, die „vergleichbar ist mit der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg“.

Merkel hat mit allen Tricks versucht, die Maßnahmen für die Milliarden zur Finanzierung der Ausplünderung des griechischen Staates durch die Banken und Spekulanten und die Entscheidung

für das „Blut- und Tränen-Programm“ sowohl für das griechische wie für das deutsche Volk auf die Zeit nach den entscheidenden Landtagswahlen in NRW hinaus zu zögern.

Seit Monaten vermeidet sie jede Maßnahme, mit der sie einen Sturz der Kleinen Koalition in NRW und damit eine gefährliche Destabilisierung ihrer Bundesregierung riskiert.

Von der Spekulationsattacke gezwungen, sucht sie für die parlamentarische Notgesetzgebung bis zum 7. Mai die Unterstützung der SPD. Und wie schon Steinbrück als SPD-Finanzminister in der damaligen Großen Koalition das 500-Milliarden-Euro-Notprogramm zur Rettung des „Finanzsystems“ absegnet hat, hat sich Steinmeier beeilt, die prinzipielle Zustimmung der SPD-Führung zu signalisieren. Wen kann die symbolische Einforderung von „harten Maßnahmen gegen die Zocker auf den Finanzmärkten“ täuschen? Auch das gab es schon im Herbst 2008, doch das Spekulationschwungrad dreht sich ungebrems weiter.

Wie will die SPD-Führung am 9. Mai mit dieser Politik, die Spekulanten zu mästen und der arbeitenden Bevölkerung die Rechnung dafür zu diktieren, vor die Arbeitnehmerwähler in NRW treten?

## ... für Arbeitsplatzabbau

Die KollegInnen aus NRW, die zu der europäischen Arbeitnehmerkonferenz im Juni mit aufrufen, verweisen besonders auf GM-Opel, das Beispiel für den von der EU im Rahmen des gesamten Krisendiktats vorangetriebenen industriellen Kahlschlag:

Mit 1,8 Milliarden Euro staatlichen Hilfgeldern und einem Lohnverzicht von jährlich 265 Millionen Euro der europäischen Opel-Kollegen soll der Abbau von 24.000 Stellen bei den Opel-Werken in Europa und von 4.800 in Deutschland finanziert werden. Staatliche Subventionen zum Erhalt der Arbeitsplätze fallen dagegen unter EU-Verbot. „Wir kämpfen darum, dass der Staat unverzüglich die Werke von Opel unter seinen Schutz nimmt, was bei Euch (in den anderen europäischen Ländern) dem Kampf um die Verstaatlichung einer Reihe von Industriebereichen entspricht. Es ist dringend, dass wir uns austauschen und uns gegenseitig unter die Arme greifen“, schreiben sie an die europäischen KollegInnen.

Eine SPD, die in NRW unter Führung der Spitzenkandidatin Hannelore Kraft die Pläne der CDU/FDP-Regierung Rüttgers zur massenhaften Zerstörung von Arbeitsplätzen bei Opel unterstützt und diesen Stellenabbau auch noch mit Hunderten Millionen staatlichen Geldern aus dem Landeshaushalt subventionieren will, und so die Politik der SPD in der Großen Koalition fortsetzt, dürfte wohl kaum einen Beitrag dafür leisten, die Regierung Rüttgers davon zu jagen.

Die Opel-Kollegen brauchen den Einsatz der Regierungsgewalt, um die Werke und Arbeitsplätze vor der Zerstörung zu schützen.

Nur eine SPD, die mit der Politik der Großen Koalition und der EU bricht und sich darauf verpflichtet, jede Form des Stellenabbaus bei Opel zu verbieten und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz zu stellen, kann die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften für die Eroberung der Regierungsmehrheit mobilisieren, um endlich diese Sofortmaßnahmen zur Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze zu ergreifen.

Carla Boulboulé

